



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

<b>Amtsperiode</b>	2010/2013
<b>3. Sitzung</b>	Donnerstag, 26. August 2010 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
<b>Vorsitz</b>	Patrick Hehli, Präsident
<b>Protokoll</b>	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
<b>Stimmzähler</b>	Sabina Gadiant Ursula Spinnler
<b>Anwesend</b>	34 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates
<b>Entschuldigt</b>	Dieter Martin André Kummer Armin Schmid Michael Weber Ueli Zulauf Willi Graf Therese Schneider, Gemeinderätin
<b>Ende der Sitzung</b>	22.25 Uhr

<b>Behandelte Geschäfte</b>			<b>Seite</b>
1	2010/26	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	35
2	2010/27	Einbürgerungen	36
3	2010/28	Betreibungsamt / Investitionskredit	37
4	2010/29	Rahmenkredit für einen Ortsbus	40
5	2010/30	Personalreglement	45
6	2010/31	4. Etappe Hallen- und Gartenbad (Projektierungskredit)	50
7	2010/32	Werkleitungssanierung Waldeggweg	51
8	2010/33	Motion der SVP vom 8. Juni 2010 betreffend Anpassung Personalreglement der Gemeinde Obersiggenthal; Erheblicherklärung	51
9	2010/34	Motion des Einwohnerratsmitgliedes Ueli Zulauf vom 8. Juni 2010 betreffend Termin der Kommunalwahlen; Erheblicherklärung Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.	52

10	2010/35	Motion der SP/Grünen vom 9. Juni 2010 betreffend Bericht und Massnahmenplan zur Energiepolitik der Gemeinde Obersiggenthal; Erheblicherklärung Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.	52
11	2010/36	Umfrage	52

**Patrick Hehli, Präsident:** Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Dieter Martin, André Kummer, Armin Schmid, Michael Weber, Ueli Zulauf, Willi Graf und Gemeinderätin Therese Schneider.

Es sind somit 34 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

Bei der Traktandenliste gibt es eine Änderung. Das Traktandum 8 entfällt, da die SVP ihre Motion zurückgezogen hat.

Patrick Hehli liest das Schreiben der SVP vor: "Lieber Patrick, die Fraktion der SVP Obersiggenthal hat sich entschlossen, die Motion zurückzuziehen, da unsere Begründung scheinbar auf einer falschen Grundlage basiert".

Das Wort wird nicht verlangt.

## 1      2010.26      **Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll**

**Patrick Hehli:** Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 26. Juli 2010 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 17. Juni 2010 in Rechtskraft erwachsen: Verwaltungsrechnung 2009, Rechenschaftsbericht 2009, Kreditabrechnungen Lärmschutzwand Baden-Brugg (LSW 10 und 21-22), Schwimmbadweg / Sanierung (Strassenbau, Wasserleitung und Kanalisation), Sanierung Schulanlage Unterboden (Projektierungskredit und Baukredit), Neubau Siggenthaler Brücke und Ersatzbeschaffung Kommunalfahrzeug (Pony P4-T).

Zu den **Mitteilungen:** Der Gemeindeammann, Max Läng, wird uns leider heute ab 21.30 Uhr verlassen. Er darf noch einer Einladung des Ratsbüros des Nationalrates folgen.

Der Termin für die Oktobersitzung ist am 28. Oktober 2010, da keine Steuerfussänderung ansteht.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, ich habe noch drei Mitteilungen zu machen. Der budgetierte Steuerertrag auch in diesem Jahr höher sein wird.

Bei der Besichtigung des Betriebsamtes kam noch eine Frage auf betreffend der behindertengerechten Eingangstüre zum Gemeindehaus. Der Einwohnerrat hat diese Änderung letztes Jahr mit dem Budget genehmigt. Diese Arbeiten werden im Oktober ausgeführt.

Voraussichtlich an der nächsten Sitzung wird der Einwohnerrat über das Traktandum Einführung von Tagesstrukturen befinden. Am 20. September 2010, 19.30 Uhr, findet in der Aula Unterboden zu diesem Thema eine Informationsveranstaltung statt.

Zu den **Eingängen**: Es sind keine Neueingänge zu verzeichnen.

Zum **Protokoll**: Das Protokoll der Sitzung vom 17. Juni 2010 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von 10 Tagen ist beim Büro eine schriftliche Änderung beantragt worden.

Die Änderung betrifft auf Seite 22 den Absatz 5. Patrick Hehli liest den Änderungsvorschlag vor.

"Anhand einer Folie zeigt Linus Egger die Entwicklung der Defizitentwicklung der letzten 5 Jahre auf. In den letzten 2 Jahren sind die Defizite bedeutend höher als in den vorherigen Jahren. Der Kanton bezahlte bis im Jahre 2007 Subventionen in der Höhe von ca. 120'000 Franken. Die Gründe für die erneute Defizitsteigerung im Jahre 2009 habe ich Ihnen bereits erklärt".

Das Protokoll vom 17. Juni 2010 gilt gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

## **2      2010.27      Einbürgerungen**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Patrick Hehli**: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

---

**Ursula Haag** stellt im Namen der SVP-Fraktion den

**Antrag,**

**es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.**

---

**Patrick Hehli**: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit neun Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Der Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich deutlich mehr als neun Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

**Peter Frey**: Es ist mir ein Anliegen von der EVP-Fraktion zu den Einbürgerungen noch etwas Generelles zu deponieren. Beim Studieren der Unterlagen ist wieder aufgefallen, dass bei einigen Familien sich nicht alle miteinander einbürgern lassen. Wir haben dieses Thema im Einwohnerrat mehrfach besprochen. Dies lässt sich zur Zeit auch noch nicht ändern. Der Kanton ist aber momentan daran, die Einbürgerungsunterlagen zu überarbeiten mit dem Ziel, dass es für alle Einbürgerungswillige gleich schwer werden soll. Sollte der Gemeinderat vom Kanton zu einer Stellungnahme eingeladen werden, so wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat in seiner Stellungnahme aufmerksam machen würde, dass aus der Sicht der Integration die Familien als Ganzes eingebürgert werden sollten.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin**: Es gibt eine Überarbeitung auf kantonaler Ebene in diesem Bereich. Sobald die Vernehmlassung vom Kanton kommt, wird der Gemeinderat an dieser teilnehmen. Der Vorschlag von der EVP-Fraktion betrifft aber das Bundesrecht, daher kann es nicht einfach im kantonalen Recht geändert werden.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

—  
Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

### **3      2010.28      Betriebsamt / Investitionskredit**

Eintreten wird nicht bestritten.

—

**Max Läng, Gemeindeammann:** In der Vorlage ist ausführlich beschrieben, um was es in dieser Vorlage geht. Zusätzlich wurde ein Orientierungsanlass durchgeführt, wo Sie die Örtlichkeiten anschauen konnten. Ich möchte nur noch einige Punkte ergänzen, die in der Zwischenzeit diskutiert wurden. In einer Fraktionsmitteilung wurde geschrieben, dass es unschön sei, dass der Gemeinderat in der Vorlage vom Dezember 2009 nicht auf mögliche Investitionen hingewiesen hat. Dies ist nicht der Fall, in der Vorlage sowie im Protokoll kann man nachlesen, dass der Gemeinderat sehr rasch das Betriebsamt Untersiggenthal übernehmen musste. Es wurde dort festgehalten, dass man für kurze Zeit mit den engen Platzverhältnissen arbeiten kann, dies werde aber im Jahr 2010 noch Änderungen geben. Diskussionen in den Fraktions-sitzungen hat es vor allem bei den Investitionskosten und bei der Umwälzung der Mietkosten gegeben. Der bisherige Mietzins ist sicher günstig gewesen mit 150 Franken pro m<sup>2</sup>. Bei diesem tiefen Mietzins hat aber nicht nur die Nachbargemeinde Ennetbaden profitiert, sondern auch die Gemeinde Obersiggenthal. Die letzten Jahresrechnungen vom Betriebsamt konnten immer ausgeglichen gestaltet werden, bzw. es hatte meistens ein leichter Überschuss resultiert. Es ist das Ziel, dass im Budget 2011 mit einem Überschuss gerechnet werden kann. Die neue Berechnung der Mietzinse liegt mit 250 Franken im Mittel bei vergleichbaren Büroflächen in unserer Region. Bei dieser Erhöhung sind nicht nur die Nachbargemeinden betroffen sondern auch die Gemeinde Obersiggenthal. Wir haben in einer separaten Aufstellung sämtliche Kosten aufgelistet. Diese Kosten werden nach Anzahl Betreibungen auf die Gemeinden verteilt. Von allen Betreibungen fallen momentan auf Obersiggenthal 44%, Untersiggenthal 45% und Ennetbaden 11%. Der neue Mietzins kann noch nicht genannt werden, da dieser noch verhandelt werden muss. Mit beiden Gemeinden wurde das Gespräch gesucht. Es braucht aber noch weitere Gespräche, vor allem mit der Gemeinde Untersiggenthal, weil diese am meisten betroffen ist von den höheren Kosten. Wenn aber der Einwohnerrat heute die Miete für die Büroflächen festlegt, dann hätte der Gemeinderat absolut keine Verhandlungsmöglichkeiten mehr. Der Gemeinderat wäre dann gezwungen, die Vorlage zurückzuziehen.

Die Frage betreffend behindertengerechtem Bauen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten: Die Besprechung mit einer behinderten Person kann selbstverständlich im Gemeindehaus durchgeführt werden. Ein behindertengerechten Eingang zum Betriebsamt ist derzeit aus Kostengründen einfach nicht möglich.

**Ursula Spinnler:** FDP-Fraktion befürwortet den Kreditantrag, welcher in der Vorlage detailliert beschrieben wird. Das Projekt und die Notwendigkeit überzeugen uns. Einerseits wird damit einem erhöhten Personalbedarf Rechnung getragen, andererseits wird mit dem Bau von zwei abgetrennten Kundenschaltern die nötige Diskretion gewährleistet. Was uns auch sinnvoll erscheint, obwohl es nicht vordergründig erwähnt wurde, ist die Tatsache, dass nach der Erweiterung die Möglichkeit besteht einem Lernenden Einblick ins Betriebsamt zu geben. Aufgefallen ist uns das hohe Honorar von rund 17% von den Gesamtkosten. Das Büro westlich vom ausgebauten Betriebsamt wird weiterhin für Sitzungen von der Gemeinde benutzt. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass es in diesem Raum sehr warm und unangenehm stickig sein kann. Dies aus dem Grund, weil keine Lüftung vorhanden ist und die Fenster wegen dem Lärm nicht geöffnet werden können. Ich stelle aus diesem Grund den Antrag, dass

die geplante Lüftung gleichzeitig mit dem Umbau bis ins angrenzende Sitzungszimmer West weitergezogen wird. Die Kosten belaufen sich dafür auf 18'000 Franken.

**Eugen Frunz:** Die SVP-Fraktion hat die Vorlage des Betriebsamtes geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Notwendigkeit des Ausbaus bezüglich Arbeitsplätze, Diskretion am Schalter, sowie des Sicherheitsaspekts unbestritten ist. Bei der Überprüfung der Vorlage haben sich noch einige Fragen ergeben, die wir gerne geklärt hätten. Zuerst einmal die hohen Honorarkosten, es sind dies fast 18%. Der Schwierigkeitsgrad für diesen Umbau ist in unseren Augen relativ leicht. Wieso sind die Honorarkosten auf 18% festgelegt worden? Unter Punkt 5 bei der Zusammenfassung wird im letzten Satz erwähnt, dass Investitionen über die Mietzinserhöhung amortisiert werden in den nächsten Jahren. Es wäre schön, wenn solche Berechnungen auch in den Akten aufliegen würden. Damit der Einwohnerrat diese nachvollziehen kann.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Das Honorar hat der Architekt nach Stundenaufwand ausgewiesen. Er hat bei der Mischrechnung mit einem Ansatz von 110 Franken pro Stunde gerechnet, diese Kosten sind gerechtfertigt.

Zur Mietzinzberechnungen habe ich bereits vorher erwähnt, dass der Gemeinderat Berechnungen gemacht hat, diese aber Verhandlungsbasis sind. Man muss auch sehen, dass diese Berechnungen mit den Investitionen nichts zu tun haben. Es hat nur eine Auswirkung auf das Budget.

**Bettina Lutz:** Im Namen der CVP darf ich Ihnen empfehlen, den Antrag des Gemeinderates anzunehmen. Wie wir uns beim Augenschein vergewissern konnten, sind die heute bestehenden Örtlichkeiten bereits in die Jahre gekommen, eng und entsprechen nicht mehr dem Standard. Insbesondere soll die Privatsphäre der Kunden und den Sicherheitsbedürfnissen des Personals Rechnung getragen werden. Das geplante Projekt überzeugt. Einsparungsmöglichkeiten haben wir von der CVP-Fraktion keine gesehen.

**Eugen Frunz:** Die SVP-Fraktion würde gerne einen Zusatzantrag zu diesem Geschäft stellen. Mit den Bauarbeiten beim Betriebsamt darf erst begonnen werden, wenn schriftlich vorliegt, dass die Vertragsgemeinden Untersiggenthal und Ennetbaden mit der Mietzinserhöhung einverstanden sind.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Will die SVP vom Gemeinderat einfach wissen, wann die schriftlichen Einverständnisse eingegangen sind oder will man auch wissen, wie hoch der Betrag der Mietzinse sind?

**Eugen Frunz:** Wir sind davon ausgegangen, dass man mit den in der Vorlage erwähnten Mietzinsen rechnen kann und nicht dass diese Verhandlungssache sind.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Die Mietzinse sind Verhandlungssache. Es liegt beim Gemeinderat die Mietzinse festzulegen.

**Marion Mülleke:** Die SP/Grünen finden es dringend notwendig, dass man den Umbau des Betriebsamtes macht. Es sind unzumutbare Umstände. Es ist viel zu warm und die Arbeitsqualität ist schlecht. Was ich sehr wichtig finde ist, dass Behinderte die allfällig beraten werden müssen, im Gemeindehaus empfangen werden können.

\_\_\_\_\_  
Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_  
**Abstimmung**

**Antrag der FDP-Fraktion: Die geplante Lüftung soll gleichzeitig mit dem Umbau für zusätzlich 18'000 Franken ins Sitzungszimmer West verlängert werden.**

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit grosser Mehrheit **angenommen**.

**Antrag der SVP-Fraktion: Die Bauarbeiten für den Ausbau des Betriebsamtes dürfen erst begonnen werden, wenn die zwei Vertragsgemeinden Untersiggenthal und Ennetbaden der Mietzinserhöhung zugestimmt haben.**

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 11 Ja- zu 23 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

---

**Antrag des Gemeinderates: Für die Erweiterung und des Ausbaus des im Gemeindsaals mit Untersiggenthal und Ennetbaden betriebenen Betriebsamtes wird ein Kredit von 284'000 Franken zuzüglich 18'000 Franken gemäss Antrag FDP bewilligt.**

Der Antrag des Gemeinderates ergänzt mit dem Antrag der FDP wird mit einer grossen Mehrheit **angenommen**.

---

#### **4      2010.29      Rahmenkredit für einen Ortsbus**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich möchte zusätzliche Argumente bringen, die zwischenzeitlich noch aufgetaucht sind. Vor allem möchte ich darauf hinweisen, dass der Ortsbus und das Ruftaxi zwei verschiedene Sachen sind. Der Gemeinderat hat eine Vorlage für einen Ortsbus erstellt. Sollte der Antrag noch kommen, dass der Gemeinderat das Ruftaxi auch noch abklären soll, kann dies gemacht werden. Dann müsste der Einwohnerrat das Geschäft aber zurückweisen.

Es geht um die Frage wer wünscht sich einen Ortsbus? Wie ist der Fahrplan? Wo sind die Haltestellen? Das sind die wesentlichen Fragen. Wie viele Personen den Ortsbus benutzen werden, kann niemand wissen, aus diesem Grund möchte man den Ortsbus als Versuch durchführen. Bei einem Versuch kann man Wünsche entgegen nehmen, Änderungen machen oder ihn wieder abbrechen, wenn er nicht rentiert. Der Gemeinderat hat Ideen in welche Richtung der Ortsbus gehen sollte. In der SVP-Fraktionsmitteilung konnte man lesen; die Einführung eines Ortsbusses ist aus unserer Sicht zu wenig fundiert, da die Notwendigkeit nicht abgeklärt wurde. Ich bin erstaunt über diese Aussage. Seit Jahren wird mit dem Quartierverein Häfeler und Hertenstein diskutiert, dass in diesen Quartieren ein Bus gewünscht wird. Man hat damals eine Offerte eingeholt bei Postauto Aargau. Da diese Kosten viel zu hoch wären, wurden die Gespräche abgebrochen. Man weiss auch, dass die Kommission für Altersfragen dieses Anliegen ausdrücklich befürwortet und unterstützt. Zu den Kosten möchte ich folgendes sagen: Die vorliegende Offerte zeigt einen Stundenansatz von 100 Franken für Chauffeur und Bus, dies ist wirklich günstig. Ein Bus der qualitativ besser und komfortabler ist, ist aber dementsprechend auch viel teurer. Eine weitere Frage die diskutiert wurde ist, ob dieser Bus alters- und behindertengerecht sein muss? Die Kommission für Altersfragen ist der Auffassung, dass der Versuch mit einem Bus, der nicht ausdrücklich behindertengerecht ist, beginnen soll.

Das Rufftaxi kann man nachträglich noch prüfen, es ist einfach eine ganz andere Variante als der Ortsbus. Dazu müsste der Gemeinderat zuerst Referenzen bei anderen Gemeinden einholen, die bereits ein Rufftaxi betreiben. Grundsätzlich stellt sich die Frage bei der älteren Generation, wie das Rufftaxi ankommen würde. Diese Generation ist in ihrem Leben sehr selten Taxigefahren, die haben eher eine Abneigung gegen Taxis. Sie nehmen das Taxi wenn wirklich Not am Mann ist, aber für den täglichen Gebrauch sind sie zurückhaltend mit dem Taxi.

Der Gemeinderat hat jetzt schon verschiedene Abklärungen für den Ortsbus getroffen. Die Kommission für Altersfrage und auch der Seniorenrat erwarten, dass dieses Projekt vorwärts geht. Die ältere Bevölkerung nimmt in den nächsten Jahren noch zu, aus diesem Grund sind wir in der Verantwortung, für diese Altersgruppe etwas zu tun.

**Michael Hodel:** Die SVP-Fraktion und auch ich als Hertensteiner befürworten die Erschliessung der Quartiere. Die Vorlage weist aber doch einige Mängel und Unstimmigkeiten auf, so dass wir diesem Kreditbegehren in dieser Form nicht zustimmen können. Besonders stossend finden wir die Aussage "probieren geht über studieren" in dieser Vorlage und für das möchte man 75'000 Franken investieren. Weiter fragen wir uns, wieso es einen 9-Platz-Bus braucht, wenn man im besten Fall mit 4 Fahrgästen rechnet. Der Fahrpreis von 5 Franken scheint uns zu hoch, wenn man berücksichtigt, dass die älteren Personen ihren Einkauf von der Bushaltestelle doch noch bis zur Haustüre tragen müssen. Die SVP vermisst weitere Varianten und Vergleiche zu den Kosten, aus diesem Grund möchten wir ihnen eine weitere Möglichkeit vorstellen. Ursula Haag wird anhand einer Folie unsere Idee von einem Linientaxi erläutern.

**Ursula Haag:** Bei der Variante der SVP handelt es sich um ein Linientaxi. Dieses fährt von der Haustüre des Benutzers zu ausgewählten Punkten im Dorf. Es wird nicht rund um die Uhr fahren, sondern es gibt eine Zeitbeschränkung von z. B. 08.00 - 17.00 Uhr. Der Ablauf sieht vor, dass man das Taxi 30 Minuten vor dem Gebrauch via Telefon reserviert. Der Benutzer wird zu Hause abgeholt und an einen der definierten Fixpunkte gebracht. Die Rückfahrt erfolgt dann vom Fixpunkt aus wieder nach Hause. Die Rückfahrzeit gibt man entweder bei der Hinfahrt dem Taxichauffeur an oder man reserviert es wieder 30 Minuten vor der gewünschten Rückfahrzeit. Das Linientaxi hat weniger Leerfahrten und der Preis könnte bei den 5 Franken pro Taxifahrt belassen werden. In unserer Gemeinde kann man mit einem durchschnittlichen Preis von 20 Franken pro Taxifahrt rechnen. Somit würde die Gemeinde eine Fahrt mit 15 Franken subventionieren. Bei einem Kredit von 75'000 Franken ergibt dies ca. 5'000 Fahrten im Jahr, bei einer 5-Tagewoche sind dies 20 Fahrten pro Tag. Wenn man das Linientaxi für 1 Jahr einführen würde, hätte man daraus Datenmaterial, welches eventuell ein Nachfolgeprojekt von einem Ortsbus rechtfertigen könnte. Somit stellen wir den Antrag auf Rückweisung dieses Rahmenkredits für einen Ortsbus und laden den Gemeinderat ein, die Variante Linientaxi zu prüfen und an einer nächsten Einwohnerratssitzung vorzustellen.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat eine bei der Ausarbeitung des Altersleitbilds hervorgegangenen Idee von eines Ortsbusses aufgenommen hat. Die Wohnqualität in Obersiggenthal - vor allem für die ältere Bevölkerung - könnte damit gesteigert werden. Wir werten es positiv, dass der Gemeinderat rasch einen Versuch starten möchte. Wir wünschen uns, dass die vom Gemeinderat angesprochene Flexibilität während dem Pilotprojekt rasch vorgenommen wird und zwar nicht nur im Fahrplan sondern auch die möglichen Routenanpassungen bzw. Routenstreichungen. Es scheint schwierig zu sein, aussagekräftige Schätzungen über mögliche Nutzerfrequenzen im Voraus des Versuches zu machen. Bei der Durchsicht der Vorlage sind bei uns trotzdem einige Fragen und Bemerkungen aufgetaucht, die wir gerne näher ausführen möchten. Zur Routenwahl möchten wir grundsätzlich sagen, dass sich die geographische Situation oder Problematik von Obersiggenthal widerspiegelt. Was uns fehlt in dieser Routenwahl ist die Aussage zur Flexibilität. Es hat fixe Stopps in Kirchdorf und auf dem Tromsberg. Für ältere Personen die genau in der Mitte von zwei Stopps wohnen, fragen wir uns, wie sie zu den Haltestellen kommen. Hält der Bus auch zwischen drin oder nur an den Fixpunkten? Es ist uns klar, dass so ein Ortsbus nicht kostendeckend betrieben werden kann. Trotzdem scheint uns der Preis von 5 Franken pro Fahrt für die ältere Bevölkerung eher

zu hoch. Beim geplanten Fahrzeugtyp fragen wir uns, ob ein 9-Platz-Bus wirklich das Richtige für einen Ortsbus ist, vor allem wenn man bedenkt, dass die ältere Bevölkerung ein- oder aussteigen muss. Der Gemeinderat behält sich in der Vorlage das Recht, eine Ausschreibung für die Vergabe dieses Auftrags zu machen. Wir möchten in diesem Punkt weiter gehen und verlangen, dass der Gemeinderat eine Ausschreibung machen muss. Es fehlen uns fundierte Aussagen zu Alternativen. Wir haben vorher gerade eine gehört. Es ist auch das Stichwort Ruf-taxi gefallen. Ausserdem vermissen wir einen Hinweis zu einem Zwischenbericht zu diesem Versuch. Spätestens im Juli 2011 müsste dem Einwohnerrat ein Zwischenbericht vorliegen, damit der Ortsbus im Budget 2012 aufgenommen werden könnte. All die Unklarheiten führen dazu, dass ich im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion den Rückweisungsantrag stelle. Wir möchten dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, den Antrag zu verfeinern und die Voraussetzung zu schaffen, dass das Pilotprojekt verbessert werden kann. Wir hoffen schwer, dass es dem Gemeinderat gelingt, bereits in der Dezembersitzung des Einwohnerrats ein neues Konzept vorzulegen, damit mit dem Pilotprojekt Anfangs 2011 begonnen werden kann.

**Peter Frey:** Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen. Wir danken dem Gemeinderat für die umfangreiche Vorlage. Bei der ersten Lesung kam dieser Antrag bei uns sehr gut an, dass man für die ältere Bevölkerung so ein Angebot erstellt. Wir haben auch Abklärungen getroffen, aus diesem Grund möchte ich Ergänzungen zur Aussage von Peter Marten machen. Wenn man von der pessimistischen Variante ausgeht, sind wir bei der Umrechnung auf 25 Franken pro Fahrt gekommen, dies finden wir sehr hoch. Eine Umfrage bei der älteren Bevölkerung hat ergeben, dass der Betrag von 10 Franken für Hin- und Rückfahrt zu hoch ist und sie eher auf andere Lösungen ausweichen würden. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnt worden, dass die 1 ½ Stunden, die zur Verfügung stehen zu kurz sind. Für einen Arztbesuch im Dorf reicht es, wenn man aber nach Baden fahren möchte, reicht die Zeit nicht. Wir sind der Meinung, dass eine Anbindung an das öffentliche Busnetz gewährleistet sein sollte. Ich habe in diesem Zusammenhang auch bei den Verantwortlichen des Ortsbusses Brugg nachgefragt. Dort wurde vor einigen Jahren das gleiche Projekt durchgeführt und der damalige Versuchsbetrieb hat 3 Jahre gedauert. Es wurden monatliche Erhebungen gemacht. Industrie und Schule haben beim Projekt Brugg mit dem Kauf von Busabonnements dazu beigetragen, dass das Experiment erfolgreich war. Wir fragen uns, ob die Versuchsphase von einem Jahr genügt oder ob sie ausgedehnt werden müsste. Aus diesem Grund sind auch wir auf die Lösung eines Ruf taxis gekommen. Wir beantragen, das Geschäft zurückzustellen.

**Linus Egger:** Ich habe den Vorrednern zugehört und versetze mich in die Situation meines Vaters. Wenn ich Ruf taxi oder Linientaxi höre, muss ich klar sagen, mein Vater würde nicht das Telefon nehmen und einem Taxi anrufen. Wenn er aber weiss, zu dieser Zeit fährt ein Bus, dann kann er auf diesen Bus gehen. Ich möchte daran erinnern, dass wir zwei Workshops mit 50 und 80 Personen durchgeführt haben, auch die Einwohnerräte konnten teilnehmen und sich ein eigenes Bild machen. Man spürte bei diesen Veranstaltungen, dass das Ruf taxi nicht erwünscht ist. Ich bitte den Einwohnerrat, dem Pilotversuch zuzustimmen und die Rückweisungen abzulehnen.

**Peter Stucki:** Im Antrag der SVP sehe ich auch das Problem des Linientaxis, nämlich dass die ältere Bevölkerung nicht einem Taxi anruft, ausser diejenigen, die es bereits heute tun. Es entspricht nicht dem Lebensrhythmus der älteren Personen. Sie wissen bereits eine Woche im Voraus, was sie nächste Woche zu welchem Zeitpunkt machen werden. Wenn sie einen Fahrplan haben, dann können sie sich an diesen halten und den Ausflug planen. Weiter nimmt das Ruf taxi überhaupt keine Rücksicht auf die Entwicklung der Bevölkerung. Wenn es immer mehr Personen werden, die im gleichen Zeitfenster das Taxi benötigen, können nicht alle berücksichtigt werden, da der Platz beschränkt ist. Ich befürworte, dass wir die Rückweisungsanträge ablehnen.

**Ursula Haag:** Wir haben nicht gesagt, dass dies über Jahre hinaus bei einem Taxi bleiben muss. Ich habe gesagt, man kann in diesem Versuchsjahr mit einem Taxi starten und könnte anschliessend schauen, wo es überall gebraucht wurde. Mit diesen Informationen könnte man anschliessend auch einen Bus generieren. Ich habe mit einigen Personen von Obersig-



genthal Gespräche geführt, die über 70 Jahre alt sind, die mich fragten wieso die SVP gegen den Ortsbus ist. Wir sind nicht gegen den Ortsbus, wir haben einfach einen anderen Vorschlag. Als ich diesen den Vorschlag der SVP erläutert habe, hatte ich eher Zustimmungen für das Linientaxi anstatt für den Ortsbus, da sie beim Bus nicht so flexibel sind.

**Josef Sieber:** Es ist ein Versuch und auch das Bedürfnis, dass wir etwas machen müssen. In den Voten der SVP und der FDP habe ich einige gute Ideen herausgehört. Ich bin mir sicher, dass der Gemeinderat diese aufnimmt. Es wäre schade, wenn man diesen Antrag jetzt zurückstellen würde, obwohl alle etwas möchten.

---

**Antrag der SVP-Fraktion: Der Rahmenkredit für einen Ortsbus sei zurückzustellen, bis der Gemeinderat weitere Varianten vorschlägt, wie z. B. Linientaxi.**

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 14 Ja- zu 20 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

---

**Peter Stucki:** Unser Gemeindewappen mit drei uralten Bartschlüsseln symbolisiert drei verschiedene Dörfer und eine überalterte Bevölkerung. Die wachsende Gruppe von Senioren hat es in unserer verzettelten Gemeinde nicht einfach, sich zu bewegen. Das Alters- und Wohnzentrum Gässliacker steht an einer ungünstigen Lage. In den Markthof zu kommen, den Friedhof zu besuchen, ins Schwimmbad zu gehen ist mühsam, vielleicht unmöglich, erst recht, wenn man sein Stöckli auf dem Tromsberg oder auf dem Hertenstein hat. Wir heissen die Idee mit einem Ortsbus gut. Damit könnte eventuell das Bedürfnis der Senioren nach Mobilität innerhalb der Gemeinde befriedigt und der motorisierte Individualverkehr eingedämmt werden. In der Vorlage ist der Fahrplan vielleicht noch nicht ausgereift. Es würde uns interessieren, wie die Haltestellen ausgestaltet sein werden. Wir wünschen uns, dass eine Haltestelle bei der Spitex an der Feldstrasse eingeplant wird. Das vorgesehene Fahrzeug entspricht eher nicht den Bedürfnissen von gehbehinderten Menschen. Wir vermissen den Hinweis, wann eine Auswertung vorgelegt und ob ein Zwischenbericht erstellt wird. Wir halten es für ganz wichtig, dass mit einer guten Kommunikation allen möglichen Nutzern die Einführung des Ortsbusses bekannt gemacht wird. Trotz unseren Fragen, Wünschen und Anregungen zur Vorlage möchten wir dem Gemeinderat freie Hand zu diesem Versuch gewähren. Ob das Bedürfnis nach einem Ortsbus wirklich in dem Ausmass besteht, dass wir handeln müssen, lässt sich nur durch die vom Gemeinderat vorgeschlagene Pilotierung feststellen. Wir nehmen dabei in Kauf, dass die eingesetzten Mittel eventuell auch à fond perdu abgeschrieben werden müssen. Die Fraktion der SP und der Grünen unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

**Manuel Tejero:** Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und ich persönlich auch als Mitglied der Alterskommission. Ich finde es gut, dass man eine klare Trennung gemacht hat zwischen dem Ortsbus und einem Schülerbus. Es wäre sehr schwer umsetzbar, einen Fahrplan schülergerecht zu machen. Beim Fahrplan und bei den Haltestellen haben wir die gleichen Vorbehalte, die wir schon gehört haben. Bereits während des Versuchs müssen die richtigen Haltestellen eruiert oder allenfalls zusätzliche Haltestellen eingeplant werden. Eine Haltestelle bei der Spitex finde ich sehr sinnvoll. Die technische Lösung habe ich mit dem Taxi Roth besprochen. Es ist machbar, dass auch gehbehinderte Personen einsteigen können. Alle Personen die beim RVBW-Bus einsteigen können, sollten auch beim Ortsbus einsteigen können. Das Fahrzeug hat einen ausfahrbaren Tritt und ein zusätzlicher Tritt den man hinstellen kann, damit wirklich fast alle in diesen Bus einsteigen können. Es wird sich zeigen, ob dieser Bus Erfolg haben wird, da man sich nicht auf Umfragen abstützen kann. Es ist ein Versuch und

es lohnt sich, diesen durchzuführen. Der Wunsch ist bei der Bevölkerung vorhanden. Der einzige Vorteil von einem Linientaxi wäre, dass man sich vor der Haustüre abholen lassen kann.

**Peter Marten:** Ich bin jetzt in der Situation, dass ich zwischen zwei Sachen entscheiden muss. Ich habe eine schlecht vorbereitete Vorlage des Gemeinderates. Andererseits wenn ich dagegen stimme, bin ich gegen den Ortsbus, was ich eigentlich gar nicht bin. Ich werde dem Ortsbus jetzt zustimmen, kann zugleich dem Gemeinderat versprechen, dass ich darauf achten werde, dass die Inputs, die vom Einwohnerrat eingebracht wurden, auch umgesetzt werden.

**Peter Stucki:** Ich glaube wir haben schon viele Planungskredite behandelt, die mit guten Abklärungen trotzdem grösser wurden als man dachte. Ich glaube wir dürfen dem Gemeinderat das Vertrauen aussprechen, dass die eingesetzten Beträge sinnvoll eingesetzt werden.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Wir haben es auch schon angesprochen, die Vorlage ist tatsächlich ein Anliegen. Es ist aber wichtig, dass Vorschläge und Verbesserungsmöglichkeiten, ernst genommen werden. Das A und O dieser Vorlage ist, dass man eine flexible Handhabung erreichen kann. Wir haben in der Vorlage klar aufgezeigt, wie es sein könnte. Der Gemeinderat wird nochmals mit der Kommission für Altersfragen zusammensitzen und die Punkte, die noch nicht geklärt sind, anschauen. Wir suchen eine Lösung mit dem grösst möglichen Nutzen für die ältere Bevölkerung.

**Michael Brandmeier:** Ich bin im gleichen Zwiespalt wie Peter Marten. Ich vertraue dem Gemeinderat jetzt auch, dass man eine gute Lösung umsetzt. Ich wünsche mir, dass man vor den Einwohnerratssitzungen jeweils kurz über den Stand des Ortsbusses informiert. Somit könnte der Einwohnerrat immer noch steuernd eingreifen.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Das ist im Interesse des Gemeinderates. Bevor wir den Busbetrieb umsetzen können, müssen wir an die Öffentlichkeit gehen. Der Einwohnerrat wird sicher an den Sitzungen jeweils informiert.

**Marion Möllerke:** Für mich ist die Kommunikation ganz wichtig. Eventuell sollte beim Altersheim mit Flugblättern darauf aufmerksam gemacht werden und die Mitarbeiter der Spitex sollen instruiert werden, dass sie alle älteren Personen darüber informieren.

**René Roth:** Ich glaube nicht, dass ein 9-Platz-Bus qualitativ schlecht ist, die Sitze sind komfortabler als in einem RVBW-Bus. Zum Einsteigen hat es einen Tritt und einen zweiten könnte man hinstellen.

**Eugen Frunz:** Ich habe noch eine Frage betreffend der Route südlich der Landstrasse, vor allem bei der Mehrhalde, dort ist es auch steil. Wenn man einen Bus für die ältere Bevölkerung machen möchte, dann sollten alle berücksichtigt werden.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Es ist das Ziel, dass der Bus die Personen abholt, die an einem steilen Hang wohnen. Bis Grössenordnung zur Sternenstrasse, ist die Steigung noch nicht so ausgeprägt. Dies sollte für die Einwohner noch machbar sein, mit Ausnahme der Liegenschaften, welche am Kappisee liegen, aber wir können leider nicht alle einbinden. Wenn es sich zeigen würde, dass dies ein Wunsch ist, wird versucht auch dieses Quartier in den Busfahrplan aufzunehmen. Es muss irgendwo gestartet werden und dann kann man immer noch Änderungen vornehmen.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

René Roth muss in den Ausstand, da er als Inhaber eines Taxiunternehmens vom Entscheid persönlich betroffen ist.

---

### Abstimmung

**Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat wolle während einer einjährigen Versuchsphase (mit der Option zur Verlängerung via jährlichem Budget) zur Einführung eines Ortsbusses einen Rahmenkredit mit Bruttokosten von 75'000 Franken bewilligen.**

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 24 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **angenommen**.

---

## 5 2010.30 Personalreglement

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Patrick Hehli:** Die Mitarbeiter müssen während den Abstimmungen in den Ausstand, aus diesem Grund werden sämtliche Abstimmungen nach der Diskussion zusammen behandelt, wenn das Personal im Ausstand ist.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich möchte beim §8 noch auf ein paar Sachen hinweisen: Die Formulierung bei Abs. 3 kann zu Missverständnissen führen, aus diesem Grund wird er nochmals erläutert:

<sup>3</sup>Die Mitarbeitenden können im gegenseitigen Einvernehmen bereits ab vollendetem 60. Altersjahr auf jedes Monatsende ganz oder teilweise in Pension gehen. Massgebend für den Rentenanspruch sind die Bestimmungen der angeschlossenen Pensionskasse (APK).

Der zweite Abschnitt der noch erläutert wird ist Abs. 5.

<sup>5</sup>Wer nach mindestens 15 Dienstjahren bei der Gemeinde vorzeitig pensioniert wird, hat Anspruch auf eine Übergangsrente in Höhe der maximalen einfachen AHV-Altersjahresrente (zur Zeit 27'360 Franken).

Ich möchte noch darauf hinweisen, falls der Einwohnerrat gemäss Antrag der Finanzkommission §8 Abs. 5 ablehnt und gleichzeitig die nachfolgenden Abschnitte 6-8 bewilligen würde, hätte dies eine wesentliche Verschlechterung der jetzigen Fassung zur Folge.

**Hans-Ulrich Schütz:** Die Fraktion SP/Grünen unterstützt die Stossrichtung dieser Revision, im Bereich Übergangsrente eine bessere Lösung zu finden. Es gibt aber noch einige Vorbehalte zur Formulierung. Gut finden wir auch den Vaterschaftsurlaub, dieser ist bei vielen Unternehmen bereits eine Selbstverständlichkeit.

**Linus Egger:** Ich möchte Ihnen die Stellungnahme der Finanzkommission abgeben. Die Finanzkommission hat das Reglement in zwei Teilen beurteilt. Dem Vaterschaftsurlaub und den Kinderzulagen hat die Finanzkommission zugestimmt. §8 Abs. 5 wird die Finanzkommission nicht zustimmen. Wir werden beantragen, den Absatz zu streichen. Die bestehenden Absätze des Personalreglements genügen den heutigen Anforderungen vollumfänglich. Die Finanzkommission kann dem Antrag der Arbeitsgruppe nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass

sich bei Frühpensionierungen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer an den Kosten beteiligen müssen.

**Bettina Lutz:** Die CVP-Fraktion begrüsst die Überarbeitung des Personalreglements. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um grammatikalische Anpassungen oder Anpassungen die bedingt sind durch Gesetzesänderungen. Wir haben von der Seite der CVP zum §8 auch noch andere Vorschläge.

**Brigitte Schmid:** Die EVP-Fraktion ist aus zwei Gründen gegen die Einführung einer Frühpensionierung. Personen ab 60 Jahren sind in ihrer vollen Schaffenskraft und verfügen über ein wertvolles Fachwissen. Es ist anzunehmen, dass das Pensionsalter heraufgesetzt wird und die Menschen sowieso länger arbeiten.

**Marcel Müller:** Die SVP-Fraktion schliesst sich der Finanzkommission an. Wir sind auch der Meinung, dass die Pensionierung ab 60, wenn generell vom erhöhten Rentenalter die Rede ist, nicht eingeführt werden soll. Die Frühpensionierung wird für die Gemeinde keinen Wettbewerbsvorteil bringen. Dem Vaterschaftsurlaub wird die SVP zustimmen. Wir möchten aber den Antrag stellen, dass der Urlaub innerhalb eines Monats nach der Geburt bezogen werden muss.

**Christoph Villiger:** Die FDP-Fraktion begrüsst den Antrag des Gemeinderates. Zu den Details sage ich später noch etwas. Zur Frühpensionierung interessiert uns noch Folgendes: Es besteht ja bereits heute die Möglichkeit, dass der Mitarbeiter die Rente vorzeitig bezieht. Im Vorsorge-reglement der APK steht: "Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Vollendung des 58. Altersjahres werden Altersleistungen ausgerichtet, wenn die versicherte Person nicht in die Vorsorgeeinrichtung eines neuen Arbeitgebers aufgenommen wird".

**Max Läng, Gemeindeammann:** Wenn der Arbeitnehmer frühzeitig in Pension geht, hat er pro vorbezogenem Jahr einen Ausfall der Rente von 6.8%. Dies nicht einmalig, sondern für die ganze Dauer des Rentenbezugs. Bei der APK könnte man zur Ergänzung einen Betrag bezahlen, damit diese Kürzung nicht Eintritt. Dies würde die Gemeinde Obersiggenthal als Arbeitgeber aber viel mehr kosten als die einfache AHV-Rente.

**Peter Stucki:** Wir haben vorher gehört, dass man mit 60 auf dem Höhepunkt seiner Schaffenskraft sei. Ich möchte den Gemeinderat fragen, wie viele Mitarbeiter im Baudienst und in der Forstverwaltung tätig sind?

**Max Läng, Gemeindeammann:** In der Verwaltung sind es ca. 30 Mitarbeiter. Im Baudienst und in der Forstverwaltung sind es ca. 9 Mitarbeiter.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.

—  
Bei der Synopse wird jeder Paragraph einzeln behandelt.

—  
§7  
keine Wortmeldung

§8  
**Linus Egger:** Zum Abs. 5 stellt die Finanzkommission den Antrag, diesen Absatz zu streichen und bei der alten Version zu belassen.

**Christoph Villiger:** Zum Abs. 5 ist die FDP klar der Meinung, dass sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer sich an den Kosten beteiligen müssen. Dieser Antrag widerspricht un-

serer Empfehlung. Aus diesem Grund lehnt die FDP diese Formulierung ab. Es sollen die bestehenden Bestimmungen weiterhin Gültigkeit haben.

**Bettina Lutz:** präsentiert die Anträge der CVP auf einer Folie.

Abs. 3 soll geändert werden auf "Die Mitarbeitenden können bereits ab vollendetem 60. Altersjahr auf jedes Monatsende in Pension gehen. Massgebend für den Rentenanspruch sind die Bestimmungen der angeschlossenen Pensionskasse (APK).

Abs. 5 soll gestrichen werden und die alte Version bestehen bleiben.

Abs. 6 soll geändert werden auf "... eine Übergangsrente in der Höhe von seiner zweifachen maximalen AHV-Altersrente".

Abs. 7 soll gestrichen werden und mit folgender Formulierung in Abs. 6 integriert werden: "Ein Anspruch auf eine Übergangsrente besteht erst ab einem Pensum von mindestens 50%. Für die Festlegung des Teilpensums gilt der Durchschnitt der Pensum der letzten fünf Jahre".

Abs. 10 soll ergänzt werden mit "... die Entschädigung mehr als 12'000 Franken netto (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) im Kalenderjahr beträgt....".

**Hans-Ulrich Schütz:** Die SP/Grünen unterstützen den Antrag des Gemeinderates. Allerdings müsste man im Abs. 6 folgendes ergänzen: "Der Gemeinderat ist seinerseits berechtigt, die vorzeitige Pensionierung zu verlangen". Es gibt immer zwei Möglichkeiten wie man etwas lesen kann. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat nur in Ausnahmefällen jemanden frühzeitig in Pension schickt. Die böse Lesart könnte interpretiert werden mit: Wir schicken jemanden mit 63 Jahren in Pension, da jüngere Arbeiter billiger sind. So wie es jetzt steht, kann die Person zwingend mit 63 Jahren in Pension geschickt werden. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat Gründe angeben muss, wieso eine Person früher in Pension muss, damit man es rechtfertigen kann. Es kann sein, dass man bei Mitarbeitern merkt, wenn sie langsam müde werden und nicht mehr so viel leisten können. In einem solchen Fall könnte die Möglichkeit einer frühzeitigen oder vorzeitigen Pensionierung angeboten werden. Ich beantrage, dass im Falle einer vorzeitigen Pensionierung Abs. 10 nicht angewendet wird. Die Formulierung soll wie folgt lauten: "Auf die Kürzung wird verzichtet, wenn der Gemeinderat die vorzeitige Pensionierung gemäss Abs. 6 verlangt". Abs. 6 sollte ergänzt werden mit "Der Gemeinderat ist seinerseits berechtigt, unter Angabe von Gründen, die vorzeitige Pensionierung...".

**Max Läng, Gemeindeammann:** Die Formulierung wie es Hans-Ulrich Schütz vorgeschlagen hat bei Abs. 6 ist möglich. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Vorlage von der Arbeitsgruppe kommt in welcher das Personal auch vertreten ist. Da es eine Reihe von Anträgen gibt, möchte ich Folgendes vorschlagen: Wenn heute kein klarer Entscheid gefällt werden kann, welcher auch rechtlich abgeklärt ist, wird der Gemeinderat die Formulierungen nochmals überarbeiten und an einer nächsten Einwohnerratssitzung für eine zweite Lesung dem Einwohnerrat vorlegen. Wenn der Antrag von Christoph Villiger genehmigt würde, der alte Abs. 5 bleibt bestehen und Abs. 6 gestrichen, wäre keine zweite Lesung notwendig. Das wäre konsequent. Und wenn Abs. 6 gestrichen wird, müsste konsequenterweise auch Abs. 10 gestrichen werden.

**Peter Stucki:** Ich möchte noch erwähnen, dass von der Fraktion SP/Grünen niemand in der Finanzkommission ist.

**Linus Egger:** In der Finanzkommission sind 7 Personen und die SP wird durch Herr Musa Konutgan vertreten. Sollte dies nicht der Fall sein, sollte man mir melden, zu welcher Partei er gehört.

**Patrick Hehli:** Er ist gewählt als Finanzkommissionsmitglied, aus diesem Grund erübrigt sich diese Diskussion.

**Hans-Ulrich Schütz:** Ich möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, den Antrag von Christoph Villiger anzunehmen, damit wir das ganze Geschäft dem Gemeinderat zurückgeben können und §8 mit den neuen Vorschlägen nochmals überarbeitet werden kann.

**Hansruedi Hess, Vizeammann:** Wenn der Einwohnerrat eine zweite Lesung beschliesst, heisst das, dass der Gemeinderat in der Formulierung frei ist. Er hat politische Überlegungen bezüglich der Chancen anzustellen. Es ist nicht so, dass falls der jetzt vorliegende Vorschlag abgelehnt würde, für die zweite Lesung eine bessere Lösung vorliegen wird. Vielleicht entsteht in der Zwischenzeit eine Lösung, die politisch tragfähig ist. Wir warten jetzt die folgenden Abstimmungen ab, um abschätzen zu können, in welche Richtung die Formulierungen und der damit verbundene, neue Antrag für die 2. Lesung geändert werden sollen.

**Hans-Ulrich Schütz:** Ich möchte schon noch zu bedenken geben, dass wenn man dem Antrag von Christoph Villiger zustimmt, der Punkt über die vorzeitige Pensionierung gestorben ist. Dann wären wir ja auf dem Stand den wir jetzt schon haben. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat nochmals einen Vorschlag in eine andere Richtung bringen kann.

**Patrick Hehli:** Ich schlage vor, dass wir die anderen Paragraphen trotzdem noch besprechen, damit man bei einer allfälligen zweiten Lesung die weiteren Anträge auch noch aufnehmen könnte.

§28

keine Wortmeldung

§ 38

**Hans-Ulrich Schütz:** Ich finde man sollte § 38 Abs. 2 nicht streichen.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Diese Regelung wird bereits heute nicht mehr angewandt.

§39

**Christoph Villiger:** Der Vaterschaftsurlaub ist bereits bei vielen Arbeitgebern bekannt. Aus diesem Grund beantragen wir eine Ergänzung zur bestehenden Synopse. Unter Punkt c) "bei der Geburt 1 Tag Urlaub und 5 Tage Vaterschaftsurlaub...".

**Marcel Müller:** Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Vaterschaftsurlaub tatsächlich eingeführt werden sollte, 5 Tage sind für uns angemessen. Wie bereits erwähnt stellen wir den Antrag, dass der Urlaub innerhalb eines Monats nach der Geburt bezogen werden muss.

**Markus Renggli:** Mit der Erfahrung aus meiner beruflichen Tätigkeit kann ich bestätigen, dass der Erschöpfungszustand bei den Müttern nicht im ersten Monat nach der Geburt sondern erst Ende zweiter Monat oder Anfangs dritter Monat eintritt.

**Josef Sieber:** Ich habe eine Verständnisfrage zum SVP-Antrag. Im Personalreglement ist bereits schon ein Tag Urlaub bei der Geburt enthalten. Beantragt Ihr einen zweiten Tag oder habt Ihr dies übersehen?

**Christoph Villiger:** Gemäss bestehendem Reglement gibt es einen Tag bei der Geburt und die neue Regelung sieht vor, dass es bei der Geburt eigener Kinder 5 Tage Vaterschaftsurlaub gibt.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich würde es begrüssen, wenn man den Antrag der SVP ablehnen würde, da der Arbeitgeber grössere Flexibilität hat.

§47

keine Wortmeldung

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

Gemäss §12 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates verlassen alle anwesenden Verwaltungsangestellte den Saal vor der Abstimmung.

---

### Abstimmungen

**Antrag der FDP-Fraktion: Beim §8 des Personalreglements sollen die neuen Absätze 5-8 gestrichen werden, damit behalten die bisherigen Bestimmungen ihre Gültigkeit.**

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 21 Ja- zu 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Die Anträge der CVP und der SVP erübrigen sich.

**Antrag von Hans-Ulrich Schütz: Beim § 38 soll der Absatz 2 beibehalten werden.**

Der Antrag von Hans-Ulrich Schütz wird mit 10 Ja- zu 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

**Antrag der FDP-Fraktion: Beim § 39 sollen folgende Ergänzungen vorgenommen werden: Absatz c) Geburt eigener Kinder 1 Tag. Zusätzlicher Absatz d) 5 Tage Vaterschaftsurlaub, der zusammenhängend oder in zwei Tranchen von ganzen Arbeitstagen innerhalb von 3 Monaten ab der Geburt des Kindes bezogen werden kann.**

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 20 Ja- zu 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**.

Der Antrag der SVP erübrigt sich.

---

Rückkommensantrag auf den Entscheid des Antrags FDP zum §8.

**Christoph Villiger:** Ich stelle den Antrag, dass der neue §8 Abs. 10 zur Anwendung kommt und dafür der alte §8 Abs. 8 gestrichen wird.

---

### Abstimmung

**Antrag von Christoph Villiger: Der neue §8 Abs. 10 ersetzt den bisherigen §8 Abs. 8**

Der Antrag von Christoph Villiger wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

---

**Antrag der CVP-Fraktion: Beim §8 Abs. 10 soll die Formulierung wie folgt lauten "Die Anstellungsbehörde ist berechtigt, die Übergangsrente zu reduzieren, wenn eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wird und die Entschädigung mehr als 12'000 Franken netto (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) im Kalenderjahr beträgt. Ebenfalls erfolgt eine Kürzung, wenn Entschädigungen der Arbeitslosenkasse ausgerichtet werden. Die Kürzung erfolgt im Verhältnis zur Übergangsrente. Der betroffene ehemalige Mitarbeiter hat mittels Bestätigung der Steuerbehörden die Höhe der Einkünfte auszuweisen".**

Der Antrag der CVP-Fraktion wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

---

## Schlussabstimmung

**Antrag: Die Teilrevision des Personalreglements der Gemeinde Obersiggenthal gemäss den heute beschlossenen Änderungsanträgen sei zu genehmigen.**

Der Antrag wird mit 26 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **angenommen**.

---

## Zusatzantrag

**Antrag von Erich Schmid: Die revidierte Version des Personalreglements der Gemeinde Obersiggenthal ist dem Einwohnerrat zu einer 2. Lesung innerhalb eines Jahres vorzulegen.**

Der Antrag wird mit 22 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **angenommen**.

## 6      2010.31      4. Etappe Hallen- und Gartenbad (Projektierungskredit)

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Markus Renggli:** Die CVP unterstützt diesen Kredit. Wir möchten noch darauf hinweisen, dass die vorausschauende Planung, Wechselwirkungen, Synergien und Zusammenarbeit bei der Hallenbad- und der Turnhallenheizung berücksichtigt werden.

**Theo Flückiger:** Die Nationalratspräsidentin, Pascale Bruderer, sagte anlässlich ihrer Nationalratspräsidentinnenfeier, dass wir in unserer Gemeinde auf der Sonnenseite sind. Sie hat das sicher nicht nur rein physisch gedacht. Darum sind wir der Ansicht, dass wir in Obersiggenthal die Sonnenenergie fördern sollen. Die SP stellt den Antrag, dass bei der Ausarbeitung des Vor- und Bauprojekts der Heizungsanlage auch Varianten mit Einsatz von Sonnenkollektoren für die Wärmeerzeugung detailliert zu prüfen sind. Wir sind der Ansicht, dass mit dem Einbau von Kollektoren auf einen beträchtlichen Anteil von Heizenergie aus anderen Quellen verzichtet werden kann. Dies wirkt sich positiv auf die Betriebskosten aus. Die Wärmeerzeugung mittels Sonnenkollektoren ist in diesem Falle sehr sinnvoll und effizient. Die Beheizung der Freibadbecken erfolgt im Sommerhalbjahr, also in der Zeit, in welcher die Kollektoren die höchste Leistung erbringen. Ein Anschluss an die Fernwärme Siggenthal ist laut Aussage aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Ein gemeinsames Betrachten mit der Sporthalle scheint verschiedene Vorteile zu bringen. Auch bei der Sporthalle ist der Warmwasserbedarf hoch. Ein Einsatz von Sonnenkollektoren ist daher auch hier sinnvoll.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Im Rahmen der Projektbearbeitung werden grundsätzlich alle Varianten geprüft. Dabei wird darauf geachtet, dass nicht nur die Investitionskosten im Rahmen bleiben, sondern auch beim Unterhalt die wiederkehrenden Kosten tief gehalten werden können. Somit ist auch die Frage des Einbaus von Sonnenkollektoren in der Prüfung miteinbezogen. Entscheidend ist, ob die gewählte Variante im Heizungsverbund genügend Leistung bringt.

**Stefan Semela:** Die FDP-Fraktion befürwortet den Kreditantrag. Wie im Bericht bereits festgehalten wurde, muss die ganze Wärmegewinnung mit einer engen Absprache des Projekts Heizungssanierung Sporthalle angeschaut und bearbeitet werden.



**Werner Digel:** Die SVP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit zu. Wir hoffen, dass mit dem neuen Konzept keine Luxusvarianten ausgearbeitet werden, und dass nach Abschluss der 4. Etappe für mindestens 10-15 Jahre keine weiteren Steuergelder eingesetzt werden müssen.

**Erich Schmid:** Ich bin selber beim Schwimmbad involviert. Es ist nicht der Fall, dass es eine Luxusvariante gibt. Ich möchte einfach daran erinnern, dass für das Schwimmbad 1999 ein Konzept über geschätzte 5.6 Millionen Franken ausgearbeitet wurde. Das Schwimmbad wurde in der Zwischenzeit nicht jünger. Ich glaube die langjährigen Einwohnerräte können es bestätigen, dass im Schwimmbad nie etwas saniert oder umgebaut wurde, das nicht nötig war.

---

## Abstimmung

**Antrag der SP/Grünen-Fraktion: Bei der Ausarbeitung des Vor- und Bauprojektes der Heizungsanlage sind auch Varianten mit Einsatz von Sonnenkollektoren für die Wärmeerzeugung detailliert zu prüfen.**

Der Antrag der SP/Grünen-Fraktion wird mit 25 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **angenommen**.

**Antrag des Gemeinderates: Für die Überprüfung des Konzeptes 1999 und das Vor-/Bauprojekt der Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallationen zum Hallen- und Gartenbad (HGB) wird ein Kredit von 140'000 Franken bewilligt.**

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

## 7      2010.32      Werkleitungssanierung Waldeggweg

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Ich möchte ergänzen, dass wir auch beim Waldeggweg LED-Leuchten einsetzen werden. Bei der Sanierung der Nuechtalstrasse wurden diese modernen Leuchten bereits erfolgreich montiert. Die alten Leuchten mussten alle 4 Jahre ersetzt werden, was nicht sehr umweltfreundlich ist.

**Peter Frey:** Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Die Beleuchtung mit LED ist sehr gut.

**Ursula Haag:** Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu. Bei uns ist noch eine Frage aufgetaucht. Sind die Leitungen am Rosenweg besser als am Waldeggweg oder sollten diese auch gleich saniert werden?

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Der Rosenweg ist eine Privatstrasse, aus diesem Grund weiss der Gemeinderat nicht, ob diese Leitungen in einem besseren Zustand sind.

**Eva Eliassen:** Ich wohne am Waldeggweg und finde die Sanierung sowie die neue Strassenbeleuchtung sehr sinnvoll.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

## Abstimmung

**Antrag des Gemeinderates: Die Werkleitungssanierung der Wasserversorgung und der Kanalisation am Waldeggweg in Nussbaumen wird genehmigt und hierfür ein Kredit von 253'000 Franken (Brutto inkl. MwSt., Preisstand Juni 2010) bewilligt.**

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

## 8      2010.33      **Motion der SVP vom 8. Juni 2010 betreffend Anpassung Personalreglement der Gemeinde Obersiggenthal**

Diese Motion wurde von der SVP zurückgezogen.

## 9      2010.34      **Motion des Einwohnerratsmitgliedes Ueli Zulauf vom 8. Juni 2010 betreffend Termin der Kommunalwahlen**

## Abstimmung

**Der Antrag auf Überweisung der Motion des Einwohnerratsmitgliedes Ueli Zulauf vom 8. Juni 2010 betreffend Termin der Kommunalwahlen wird mit 34 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

## 10      2010.35      **Motion der SP/Grünen vom 9. Juni 2010 betreffend Bericht und Massnahmenplan zur Energiepolitik der Gemeinde Obersiggenthal**

**Eva Eliassen:** Die Gemeinde Obersiggenthal wird aus Kostengründen aus dem Label Energiestadt austreten. Wir sind der Meinung, dass trotzdem Handlungsbedarf besteht und bitten den Gemeinderat, trotz Ausstieg weiterhin eine gute Energiepolitik anzustreben. Wir wissen alle, dass das Heizöl dem Ende zugeht und dass die Fernwärme am Anschlag ist.

---

## Abstimmung

**Der Antrag auf Überweisung der Motion der SP/Grünen vom 9. Juni 2010 betreffend Bericht und Massnahmenplan zur Energiepolitik der Gemeinde Obersiggenthal wird mit 22 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen genehmigt.**

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

## 11      2010.36      **Umfrage**

**Patrick Hehli:** Es liegt auf jedem Tisch eine Anfrage von Denise Hunziker betreffend externe Bewirtschaftung der Plakatwände von Obersiggenthal. Im Gespräch zwischen Denise Hunziker und Hansruedi Hess wurde beschlossen, dass der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen die Anfrage in schriftlicher Form beantworten wird.

**Bettina Lutz:** Wir konnten in der Zeitung lesen, dass die Einbrüche in der Gemeinde Obersigenthal abgenommen haben. Leider wird aber immer noch eingebrochen. In meiner direkten Nachbarschaft wurde ebenfalls eingebrochen. Ich bin einfach unsicher, weil bei mir nie ein Polizist war um nachzufragen, ob jemand Beobachtungen gemacht hat. Ich erfahre nur über die Nachbarschaft, bei wem eingebrochen wurde. Ist das üblich so und ist dieses Vorgehen der Polizei so korrekt? Besteht die Möglichkeit, dass der Gemeinderat bei der Polizei nachfragt, ob dies die übliche Vorgehensweise ist?

**Hansruedi Hess, Gemeinderat:** Wir haben laufend die statistischen Angaben zu solchen Vorfällen von der Stadtpolizei Baden. Dieses Aufgabengebiet obliegt vollständig der Polizei. Die Gemeinde könnte höchstens verlangen, dass mehr Patrouillen gemacht werden. Die Polizei hat keine Informationspflicht, darüber Mitteilung zu machen.

**Bettina Lutz:** Wir haben ja keinen eigenen Ortspolizist mehr. Ich bin einfach vor den Kopf gestossen, wenn in der direkten Nachbarschaft eingebrochen wird und nicht einmal ein Polizist in der Nachbarschaft nachfragt, ob etwas gesehen wurde. Ich würde erwarten, dass man trotzdem die Hinweise sammelt und dies der Polizei meldet.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Auch in unserer Nachbarschaft wurde eingebrochen. Die Polizei hat auch hier nicht informiert.

**Hansruedi Hess, Gemeinderat:** Es wurde in den letzten Jahren vermehrt festgestellt, dass sich die Kantonspolizei eher für schwerwiegendere Fälle einsetzt. Aber wir werden dies am nächsten Rapport mit der Stadtpolizei Baden besprechen.

**Denise Hunziker:** In der Rainstrasse werden immer wieder Autos parkiert, so dass ein Durchkommen kaum möglich ist. Auch wird die Geschwindigkeit überschritten. Bei der Einbiegung Rainstrasse/Quellstrasse werden Autos so parkiert, dass die Sichtverhältnisse ungenügend sind und auf der Strasse die Kinder gefährdet sind.

**Hansruedi Hess, Gemeinderat:** Wir wissen, dass in der Rainstrasse immer wieder Autos parkiert werden. Es wurden schon verschiedene Massnahmen geprüft und wir nehmen auch diesen Hinweis entgegen. Wenn Sie feststellen, dass jemand dort parkiert, bitte ich Sie, der Polizei Meldung zu machen.

**Denise Hunziker:** Wir haben schon mehrfach die Polizei angerufen. Es passierte nicht viel. Geschwindigkeitskontrollen wurden auf der Rainstrasse nach unserer Wahrnehmung noch nie durchgeführt.

**Brigitte Schmid:** An der letzten Sitzung wurde zum Thema Entsorgung diskutiert, ob die Sammelstelle auch an einem Werktag geöffnet werden könnte. Ich möchte nun nachfragen, wie weit der Stand der Abklärungen ist.

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Der Verein Familiengärten, der diese Sammelstelle betreibt, hat die Anfrage des Gemeinderates entgegengenommen und wird prüfen, ob die zusätzlichen Stunden zu bewältigen sind. Es wird an einer späteren Einwohnerratssitzung darüber informiert.

**Patrick Hehli:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Treffpunkt ist im Restaurant Hirschen. Ich hoffe ich werde einige unter uns am 3.-5. September 2010 an der Sichte sehen.

Der Präsident:

Patrick Hehli

Die Protokollführerin:

Romana Hächler